

Wie ein Riss in einer hohen Mauer

Aus einem offenen Brief
von Stephan Geue

Diesen Titel – ein Zitat aus dem Buch Jesaja – hat das Wort des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands unter der Leitung von Bischof Wolfgang Huber. Es soll Anstoß zur Diskussion über die geistigen Grundlagen und die politischen Voraussetzungen für ein zukunftsfähiges Wirtschaften geben. Der Ratsvorsitzende mahnt dabei eine Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft an. Mit dem alles umfassenden Gewinnstreben gehe ein Verlust an Lebenswert einher. Deshalb brauche es jetzt die Verpflichtung der verantwortlichen Wirtschaftsakteure auf das Gemeinwohl und neben einem Konjunkturaufschwung auch einen „Werteaufschwung“.

Wie auch im Hinblick auf die vor kurzem präsentierte päpstliche Enzyklika gibt es aber auch in Bezug auf den Vorstoß der evangelischen Kirche kritische Stimmen, die in der jetzigen Phase einer sich für viele Menschen bedrohlich verschlimmernden Krise mehr von den Kirchen erwarten, als Reaktionen, zu denen man sich aufgrund der Verantwortung für Menschen genötigt sieht. Die Kirchen müssen jetzt „unbequem“ werden gegenüber jenen, die ein „Weiter so“ predigen, auch wenn dabei Kontroversen mit politischen Kreisen vorprogrammiert sein mögen, so fordern die Kritiker.

Stephan Geue ist ein solcher Kritiker. Ganz konkrete Vorstellungen, wozu die Kirchen jetzt Partei für die Menschen ergreifen sollten, äußert er in einem offenen Brief auf seiner Webseite an Bischof Wolfgang Huber. Daraus haben wir mit seiner Genehmigung Ausschnitte übernommen. Der Brief in voller Länge ist auf der angegebenen Webseite nachzulesen (Link am Ende des Textes):



Aus dem Wort der EKD:

„Was ist die Aufgabe eines kirchlichen Wortes? Der Leitsatz für die kirchliche Einmischung in die Politik lautet: Die Kirchen wollen nicht selbst Politik machen, sie wollen Politik möglich machen. Die Erschütterungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise fordern genauso wie Umweltkrise und Klimawandel jenseits der kurzfristigen Bewältigung zu einem grundlegenden Wandel heraus. Orientierung für ein neues Denken und Handeln finden Christen in der biblischen Botschaft. Aus der Gewissheit des Glaubens wächst die Zuversicht, dass diese Neuorientierung nicht zu spät kommt.“

Zu obigem Zitat schreibt Stephan Geue (die direkte Anrede bezieht sich auf alle federführenden Autoren des Wortes der EKD):

„Was ist Politik? In meinen Augen besteht Politik nicht nur in parlamentarischen Abstimmungen über Gesetze, sondern in für die Gesellschaft verbindlichen Beschlussfassungen, sondern in jeder öffentlich wahrnehmbaren

Äußerung zu Dingen von gesellschaftlichem Belang, denn sie formt Meinungen und fließt damit in irgendeiner Form in Entscheidungen ein, zumindest in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen. Möglich, dass Sie davon ein anderes Verständnis haben als ich.

Nach meinem Verständnis können Kirchen also nur dann *keine Politik* machen, wenn sie zur Gesellschaft schweigen oder wenn sie sich unauffällig oder diffus äußern. Ich bin davon überzeugt, dass niemand von Rang innerhalb der Kirche diesen Anspruch hat; dies wäre auch ganz sicher keine Nachfolge Jesu.

In einem demokratischen Rechtsstaat brauchen Kirchen Politik auch nicht möglich zu machen. Sie *ist* möglich. Es ist nicht erforderlich, einen geschützten Raum anzubieten, in dem Menschen miteinander reden können, ohne Repressalien befürchten zu müssen. Gleichwohl kann Kirche solche Foren schaffen, und sie kann Menschen zum Gespräch ermuntern und ermutigen, die bereits resigniert haben, aber wenn sie das tut, dann sollte sie das nicht als Blitzableiter von Frust über das politische System oder die Parteienoligarchie tun, sondern diejenigen Stimmen, die in ihren Räumen zueinander gefunden haben, von dort aus auch vernehmbar sein lassen. Tut sie das jedoch, oder mischt sie sich ein, wie Sie schreiben, dann *macht* Kirche Politik, dann ist nur noch die Frage, ob »die da oben« in der Kirche »die da unten« machen lassen, sich aber zurückhalten, bis »die da unten« so laut vernehmbar geworden sind, dass es einer wohl abgewogenen bischöflichen Verlautbarung dann auch nicht mehr bedarf.

Es ist absolut zutreffend, dass die gegenwärtigen gesellschaftlichen Erschütterungen zu einem grundlegenden Wandel herausfordern. Es ist schade, dass die von der Kirche für erforderlich gehaltene Richtung dieses Wandels hier so wenig konkretisiert wird. Es ist auch schade, dass die Aufforderungen dazu sich lediglich an einen schrumpfenden Teil der Gesellschaft richten, an die Christen. Die Kirche ist gegenüber Christen genauso wenig weisungsbehaftet wie gegenüber Nichtchristen. Die biblische Botschaft hat in den vergangenen zweitausend Jahren wohl die eine oder andere Ungerechtigkeit mildern oder sogar verhindern können, aber die menschliche Gesellschaft insgesamt nicht zu einem glücklichen Miteinander geführt, auch oder gerade zu jenen Zeiten nicht, in denen die Kirche die Gesellschaft mehr oder weniger absolut dominiert hat. Die Art und Weise, in der führende Theologen und Laien die biblische Botschaft interpretieren, sollte also keine Unfehlbarkeit für sich beanspruchen; sie sollte jedoch unter Berücksichtigung aller bestehenden Meinungsvielfalt klar, konkret und verbindlich sein. Ein »grundlegender Wandel« ist dies genau nicht; das ist der größte gemeinsame Teiler,

also das, wozu jeder Synodale »zur Not« seine Zustimmung geben kann. Eine Vielfalt auch durchaus divergierender Meinungen wäre hier sicherlich konkreter, »anstößiger« im Sinne der Stiftung politischer Auseinandersetzung und Weiterentwicklung.“

Zitat aus dem Wort des EKD:

Was sind die Ursachen der Krise? Ausgangspunkt der Finanzmarktkrise ist ein Mangel an Verantwortung im Umgang mit Risiken. Dieser Mangel zeigte sich in Finanzmarkt- und Wirtschaftsunternehmen, im staatlichen Handeln und im individuellen Verhalten: Auf allen Ebenen griff eine Mentalität des »schnellen Geldes« um sich.

Dazu schreibt Stephan Geue:

Ganz ohne Zweifel spielte Verantwortungslosigkeit eine wichtige Rolle bei der Ausprägung dieser Krise. Wann immer gezockt wird, sind die Risiken hoch, und wann immer mit fremdem Geld gezockt wird, ohne dass die Eigentümer des dabei verwendeten Geldes genau wissen, nach welchen Regeln »gespielt« wird, muss man einen Mangel an Verantwortung konstatieren, der nicht selten kriminelle Ausmaße annimmt.

Es sind jedoch einige Umstände festzustellen, die es aus meiner Sicht verbieten, die Ursache und Schuld für die Krise einfach bei den Fondsmanagern und sonstigen Finanzjongleuren abzuladen. Da ist zum Einen die Regellosigkeit der Finanzmärkte, die nicht von ungefähr kommt. Finanzmärkte, auch die so genannten Steueroasen und Offshore-Zentren, sind stets Hoheitsgebiet eines Staates mit Legislative, Exekutive und Judikative. Wenn solche Staaten keine Regeln für ihre Finanzmärkte aufstellen – unabhängig davon, ob sie von der Lobby dieser Finanzmärkte dahingehend »bearbeitet« wurden oder nicht –, dann brauchen sie sich nicht darüber zu wundern, wenn die Dinge aus dem Ruder laufen. Sie haben dies unter dem Stichwort »im staatlichen Handeln« konstatiert. Und wenn andere Länder den Kapitaltransfer zu oder von jenen »anlegerfreundlichen« Ländern dereguliert haben, dann sitzen sie im selben Boot. Mögen die Verursacher letztlich trotz der Krise oder gerade ihretwegen einen Gewinn verbuchen – viele haben »mitgespielt« und sehen jetzt, dass ihnen das Wasser bis zum Hals steht. []

Sie schreiben, dass eine »freiheitliche Wirtschaftsordnung ... in ihren Fundamenten beschädigt [wird], wenn der erwirtschaftete Wohlstand nicht zum Motor des sozialen Ausgleichs wird.« Das mag wohl so sein, aber es klingt danach, als alimentierten die Wohlhabenden einer Gesellschaft deren einkommensschwächere Gruppen, und >

Die Bundesbank rätselt

Die Südwest-Presse berichtete am 8.7.2009 von einer aktuellen Studie der Bundesbank über Verbleib und Nutzung von Bargeld, Bank-Karte und Kreditkarte. Darin kommt diese zu dem Schluss, dass Scheine und Münzen den Bundesbürgern nach wie vor lieber sind als Plastikgeld. Der Anteil der Zahlungen liegt bei

Bar 82,5 % | Geldkarte 0,5 % | EC-Karte 12% | Kreditkarte 1,4% (meist Hotelrechnungen)

Auffällig seien in jedem Fall, so Thilo Sarrazin, Bundesbank-Vorstandsmitglied, dass sich der Anteil der Bargeld-Haltung am gesamten Bargeld-Umlauf in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt habe. Von 328 Mrd. EUR Bargeld werde nur 31 Mrd. EUR für bare Zahlungen verwendet. Rund 75 bis 80 Mrd. EUR seien ins Ausland geflossen. Der Rest werde offensichtlich für andere Zwecke verwendet – einfach für die Wert-Aufbewahrung, für die Bezahlung von Schwarzarbeit von Handwerkern, Kindermädchen oder Gärtner. Die Bundesbank rätselt!

Der gesamte Artikel findet sich auf: www.suedwest-aktiv.de

diese Aussage führt in die Irre. Es ist vielmehr so, dass die unteren drei Viertel einer Gesellschaft deren Oberschicht versorgen, die sich aus der Wertschöpfung längst zurückgezogen hat und ganz oder überwiegend von ihren Kapitalerträgen lebt. Da Geld aber nun mal nicht arbeitet, werden diese Erträge von denjenigen aufgebracht, die direkte Schulden haben – z.B. Häuslebauer in Gestalt von Immobilienhypotheken –, von denjenigen, die als Steuerzahler die Schulden ihres Staates bedienen, von Konsumenten, die mit den Preisen der gekauften Produkte die Kapitalkosten der verkaufenden Unternehmen decken, und von Arbeitnehmern, die bei ihren Arbeitgebern genau das gleiche tun. Der in unserer Gesellschaft erwirtschaftete Wohlstand muss nicht in erster Linie zum Motor des sozialen Ausgleichs werden; er darf vor allem nicht durch die Mühlen des Kapitalismus zur Polarisierung von Wohlstand, Vermögen und Macht führen. Sie schreiben, die Handelnden hätten »ihre Freiheit« allein zur unmittelbaren Verwirklichung von Einzelinteressen genutzt. Verantwortlich handelt aber nur derjenige, der die eigenen Entscheidungen auf ihre Folgen hin ansieht und darauf prüft, dass sie anderen keinen Schaden zufügen. Dies gilt angesichts der globalen Verflechtungen und Abhängigkeiten heute auch weltweit.« Das ist zwar richtig, aber betrachten wir das Handeln des durchschnittlichen Bürgers eines beliebigen Industrielandes dieser Welt, so stellen wir fest, dass er von einem nachhaltigen Lebensstil, was z.B. seine Treibhausgasemissionen angeht, um den Faktor fünf bis zehn entfernt ist. Die Konsequenzen dieses Handelns burden nachfolgenden Generationen Lasten auf, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. Sie dürften erheblich schwerer zu tragen sein als das, was viele Menschen jetzt in der Wirtschaftskrise belastet. Wir können also resümieren: Der Norden des Globus handelt verantwortungslos. Wenn wir nun fragen, ob ihm das schlaflose Nächte bereitet, dann sind wir auf dem Boden der Tatsachen angekommen. Die Antwort lautet »nein«, denn kein Mensch wird für seinen persönlichen Beitrag zur Klimakatastrophe zur Verantwortung gezogen, geschweige

denn bestraft – wahrscheinlich früher oder später durch die Natur selber, aber Opfer einer Naturkatastrophe zu werden leistet leider in keinerlei Weise eine Wiedergutmachung. Warum sollte also jemand, der gegen kein geschriebenes und strafbewehrtes Gesetz verstoßen hat, indem er anderer Leute Geld verzockt hat, die ihm vielfach auch ein Mandat zum Zocken erteilt haben und die sich bis zum Zeitpunkt des Totalverlusts auch kaum dafür interessiert haben, welche Vergütungen dieser Zocker aus ihrem Anlagevermögen abgezweigt hat... – warum sollte so jemand Gewissensbisse haben? Er hat lediglich systemkonform gehandelt.[]

Sie schreiben: »Die Wirtschaft ist um des Menschen willen da, sie ist kein Selbstzweck. Wo das Geld zum Mittelpunkt wird, wird das Wirtschaften unmenschlich.« Es ist der Wirtschaft zwar nicht in die Wiege gelegt, dass sie um des Menschen willen da sei, und keine Unternehmensgründung wird ethisch geprüft oder der Unternehmer auf seine Motive hin befragt, aber das ändert nichts an der Berechtigung dieser Forderung. Allerdings gibt es keine direkte Handhabe zu ihrer Durchsetzung. Um das eigennutzorientierte Wirtschaften der Individuen dem Gemeinnutz dienstbar zu machen, gibt es u.a. das Vehikel des Steuersystems, das wirtschaftliches Handeln oder dessen Erträge oder sonstige Vermögensgegenstände abgabepflichtig macht und das Steueraufkommen je nach politischer Verfasstheit mehr oder weniger dem Zusammenhalt der Gesellschaft widmet.

Wenn Sie allerdings behaupten, dass das Wirtschaften unmenschlich werde, wo das Geld im Mittelpunkt steht, dann muss ich Ihnen Respekt zollen für ein starkes Wort. Denn das Geld *steht im Mittelpunkt* unserer Gesellschaft, des politischen und vielfach auch des persönlichen Handelns; wir haben ein kapitalistisches System.

Abschließend schreibt Stephan Geue:

Sie möchten »schließlich ein Finanzsystem, das sich in den Dienst dieser Aufgabe stellt«. Ich glaube, *Finanzsystem* ist ein sehr diffuser Begriff. Das in dieser Weise umrissene Gebilde – gleichgültig, ob man sein Wirken innerhalb

eines Nationalstaates oder weltweit betrachtet – ist nicht von einer Natur, sich in den Dienst eines Gemeinwesens zu stellen. Wenn man es überhaupt als ein wirtschaftliches Gebilde betrachten will, so entzieht es sich von allen Wirtschaftseinheiten am wirksamsten und entschlossensten einer wie auch immer gearteten Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft. Wenn Sie *Geldsystem* anstelle von *Finanzsystem* geschrieben hätten – was etwas ganz anderes ist –, sähen die Perspektiven weit besser aus. Allerdings sind derzeit beide Systeme in einer ziemlich unheiligen Liasion miteinander verquickt, und um beide voneinander zu trennen, bedarf es vieler akzentuierter Stimmen, u.a. die der Kirchen. Aber dazu müssen die Kirchen exakt beschreiben können, was sie wollen und wie sie es wollen. Ein System »in den Dienst« der Gemeinschaft zu stellen – das ist das Gegenteil einer exakten Beschreibung. Das Denkmuster, in dem »wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung als Gegensätze begriffen« werden, wird unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen der Realität gerecht, so unangenehm das klingen mag. Das Finanzsystem, die Gesellschaft, der politische Betrieb – alle verfolgen Interessen, und es sind in hohem Maße jeweils die eigenen. Daraus resultieren diese Gegensätze. Sie verschwinden nicht allein deshalb, weil wir das so wollen. Ohne eine Änderung des Unterbaus, die wiederum nur geschehen kann, wenn sie mit ausreichendem Interesse von ausreichend vielen gesellschaftlichen Kräften betrieben wird, werden sich die Motivationen nicht ändern, die jede einzelne Interessengruppe handeln lässt – und dann bleiben diese Gegensätze zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und Ökologie bestehen, ja, sie verschärfen sich noch weiter. Ich kann leider nicht erkennen, jedenfalls nicht aus dieser Schrift, dass die Evangelische Kirche die erforderliche Analyse bereits angestellt hat. Ganz sicher wird es nicht genügen, das gegenwärtige System »um Nachhaltigkeitsfaktoren« zu erweitern. Der Unrecht produzierende Motor wird weiter und immer mehr Unrecht produzieren, solange er läuft, und er wird die Wirtschaft zum Stillstand bringen, wenn man ihn bremst. Beides sind keine Optionen. Dieser Motor muss durch ein anderes System ersetzt werden, das das Laufen der Wirtschaft zum Segen aller gewährleistet. ■

Der ganze Text ist zu finden unter:
<http://machtdebatte.de/letters/letter0019.htm>



Das Anliegen des Autors besteht darin, nach den Ursachen der weit verbreiteten Sorge vieler Menschen vor der Zukunft zu suchen. Mit Hilfe von Thesen und dem Versuch, sie zu begründen, von Fragen und dem Versuch, Antworten darauf zu finden, sollen Dialoge angestoßen werden, die »die Verhältnisse« betreffen und die Risiken für unsere Gesellschaft aufzeigen.

EIGENTUM IST LANDRAUB

„Zu jeder Zeit wurde Land genommen, und noch heute ist Grundbesitz vielleicht der Hauptindikator für Wohlstand. Die Tragweite des Prinzips *Landnahme* geht aber viel weiter. Wie der unten zitierte Abschnitt zeigt⁽¹⁾, geht es um Verfügungsgewalt, im Zweifel zählt diese in Form purer Willkür mehr als der Hunger, das Überleben der Besitzlosen. Soziale Unruhen drohen überall dort, wo das Verhältnis der Verfügungsgewalt Weniger zu den unbefriedigten Bedürfnissen vieler nicht mehr austariert werden kann. Hungerrevolten sind durch das stärkste Militär nicht zu verhindern, Ungerechtigkeit und Unfreiheit können zu ähnlichen Aufständen führen. Wer nichts zu verlieren hat, vergreift sich an denen, bei denen die Gewinne landen. Unfriede herrscht nicht erst bei Ausbruch der Krawalle, und Unfreiheit ist nicht erst gegeben, wenn die Handschellen klicken. Wer freilich glaubt, Freiheit sei das Recht auf Privatbesitz, kann so etwas nicht verstehen. Ungerechtigkeit ist vor allem dann erträglich, wenn für die Betrogenen noch so viel übrigbleibt, dass sie sich damit einrichten können. Ein solches System funktioniert dann am besten, wenn die wirklich Elenden mit Kriegen beschäftigt werden und der Rest der Welt sich in Profiteure und geduldig Abhängige einteilen läßt. Ähnlichkeiten mit der Realität sind in der Theorie nicht immer zu vermeiden.“

„flatter“ im Weblog „Feynsinn“ unter dem Titel:
„Eigentum ist Landraub“

(1) „Ist'n schönes Land, aber sie haben's gestohlen, schon vor langer Zeit. Wenn ihr die Wüste hinter euch habt, kommt ihr in das Land, was um Bakersfield 'rum liegt. Und ihr habt noch nie so'n schönes Land gesehn. Lauter Weingärten und überall Obst – wirklich das schönste Land, was ihr euch denken könnt. Und ihr fahrt an guten, fetten Feldern vorbei, und die Felder liegen brach. Aber ihr könnt nichts haben von den Feldern. Die gehören der Land- und Vieh-Gesellschaft. Und wenn sie die Felder nicht bearbeiten wollen, dann lassen sie's eben bleiben. Aber wenn ihr auf die Felder geht und euch da'n bißchen was anbaut, stecken sie euch ins Gefängnis.“

John Steinbeck, „Früchte des Zorns“ (1939)